

VEREINSSATZUNG

DES



§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen

„Western-Vorderlader Schützen“

Er hat seinen Sitz in Gera und führt nach der Eintragung in das Vereinsregister den Namenszusatz „eingetragener Verein“ in abgekürzter Form e. V..

Der Verein ist mit der Gesamtheit seiner Mitglieder dem Thüringer Schützenbund und dem Landessportbund Thüringen angeschlossen.

Der Verein gibt sich eine freie Tracht.

Moderne Armeeuniformen oder sog. NATO-Bekleidung sind nicht erlaubt.

Der Verein führt ein Logo - in Siegelform auf weißem Grund ein nach rechts vorn (heraldisch links) reitendes Pferd mit Reiter, dieser mit Hut und Gewehr führend, alles in Grauschattierung, umrahmt von in schwarzer Schrift gefasstem Namen des Vereins.

§ 2 Zweck des Vereins

Zweck des Vereins ist das Schießen auf sportlicher und traditioneller Grundlage, sowie die Durchführung von Veranstaltungen schießsportlicher und schützentraditioneller Art.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Der Satzungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch Förderung sportlicher Übungen und Leistungen.

Der Verein fördert die Breitensportliche Betätigung im Schießen, ist Träger traditioneller Schützengepflogenheiten und Hort familiengebundener Freizeitgestaltung.

§ 3 Vereinsmittel

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder erhalten keine Zuwendung aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Der Verein hat:
 - a) ordentliche Mitglieder
 - b) Ehrenmitglieder
 - c) Fördermitglieder.
2. Mitglied kann jeder Bürger werden, der das 18. Lebensjahr vollendet hat. Der Aufnahmeantrag muss schriftlich gestellt werden und liegt 4 Wochen zur Einsicht für alle Mitglieder aus. Ein Gegenvotum ist möglich. Es muss schriftlich begründet an den Vorstand erfolgen. Danach entscheidet der Vorstand über die Aufnahme. Bei Nichtaufnahme muss der Ablehnungsgrund im Protokoll der Vorstandssitzung festgehalten werden.

3. Neu aufgenommene Mitglieder haben die von der Hauptversammlung beschlossene Aufnahmegebühr zu zahlen. Den zu zahlenden Beitrag legt die Hauptversammlung in einer jährlich neu zu beschließenden Beitragsordnung fest.
4. Mitglieder, die sich um den Verein besondere Verdienste erworben haben, und solche, die mindestens 40 Jahre Mitglied sind, können von der Hauptversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Diese haben alle Rechte der Mitglieder, sind jedoch von allen Vereinsbeiträgen befreit.

§ 6 Erlöschen der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod oder schriftliche Austrittserklärung gegenüber dem Vorstand auf den Schluss des Halbjahres mit einer Frist von 14 Tagen. Der Beitrag ist bis zum Erlöschen der Mitgliedschaft zu zahlen.

Ein Mitglied kann auf Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden. Dazu gehört die einfache Stimmenmehrheit. Das ausgeschlossene Mitglied ist berechtigt, zur nächsten Hauptversammlung Einspruch einzulegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder verlieren jeden Anspruch an den Verein und seine Einrichtungen.

Sportausweise und Wettkampfpässe sind abzugeben.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder haben Zutritt zum Schießstand und allen Vereinsveranstaltungen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Verein nach besten Kräften zu fördern, die festgelegten Beiträge zu leisten und die vom Vorstand erlassenen Anordnungen zu respektieren.

Mitglieder, die die Vereinsinteressen schädigen und trotz Mahnung nicht davon ablassen, können aus dem Verein ausgeschlossen werden. Das Gleiche gilt, wenn die Vereinsbeiträge trotz zweimaliger Aufforderung nicht innerhalb einer festgelegten Frist bezahlt werden.

Bei schweren und nachhaltigen Verstößen bedarf es keiner Mahnung vor dem Ausschluss.

§ 8 Vereinsbeiträge

Jedes Mitglied zahlt einen Jahresbeitrag, dessen Höhe von der Hauptversammlung bestimmt wird. Weiteres regelt die Beitragsordnung.

§ 9 Leitung und Verwaltung des Vereins

Die Leitung des Vereins besteht aus dem Vorstand.

Dem Vorstand gehören an:

- der 1. Vorsitzende
- der 2. Vorsitzende
- der Schatzmeister.

Der Verein wird im Rechtsverkehr vertreten durch die Vorstandsmitglieder. Mindestens zwei Vorstandsmitglieder zusammen sind nach außen vertretungsbefugt.

Der 1. Vorsitzende und die Mitglieder des Vorstandes werden alle 4 Jahre durch die Hauptversammlung bestätigt oder neu gewählt. Die Ab- bzw. Neuwahl des Vorstandes oder eines einzelnen Mitgliedes des Vorstandes ist auf Antrag der Hauptversammlung mit Stimmenmehrheit möglich, er bleibt jedoch so lange im Amt, bis eine Neuwahl erfolgt ist.

Der 1. Vorsitzende und die anderen Mitglieder des Vorstandes werden in offener Abstimmung durch die Hauptversammlung gewählt, soweit jeweils nur ein Kandidat zur Wahl steht. Stehen mehrere Kandidaten für ein Amt zur Wahl, wird die Abstimmung geheim durchgeführt. Der 1. Vorsitzende überträgt sodann die Aufgaben an die dafür vorgesehenen Mitglieder des Vorstandes.

Der Vorstand ist zuständig für die Beratung und Beschlussfassung in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, soweit sie nicht ausschließlich der Hauptversammlung nach § 10 der Satzung vorbehalten sind.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind.

Der Vorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit.

Der Vorstand ist der Hauptversammlung rechenschaftspflichtig.

Für seine Arbeit gibt sich der Vorstand eine Geschäftsordnung.

Auf der Hauptversammlung wird ein Kassenprüfer gewählt.

Der Kassenprüfer ist der Hauptversammlung rechenschaftspflichtig.

§ 10 Die Hauptversammlung

Der 1. Vorsitzende ruft alljährlich die Hauptversammlung ein, die bis spätestens 3 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden hat. Die Einladung muss mindestens 4 Wochen vorher unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich erfolgen.

Versammlungsleiter ist der 1. Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung der 2. Vorsitzende.

Über jede Hauptversammlung ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll wird vom 2. Vorsitzenden geführt. Es ist vom gesamten Vorstand auf seine Richtigkeit zu überprüfen und von allen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen. Soweit der 2. Vorsitzende nicht anwesend ist, wird von den Mitgliedern der Hauptversammlung ein Schriftführer für das Protokoll bestimmt.

Bei Beschlussfassungen entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nichts anderes von der Hauptversammlung bestimmt wurde. Die Hauptversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller eingeschriebenen Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Ausgenommen davon sind Belange der §§ 12 und 13.

Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so gilt die Einladung zur Hauptversammlung gleichzeitig als Einladung zur außerordentlichen Hauptversammlung. Dies wird auf der Einladung gesondert vermerkt. Die Hauptversammlung ist dann, unabhängig von der Zahl der anwesenden Mitglieder, beschlussfähig.

Verhinderte Vereinsmitglieder können sich durch Einreichung einer schriftlichen Vollmacht durch ein anderes Mitglied wirksam vertreten lassen. Die Vollmacht wird mit zum Protokoll gereicht.

Die Hauptversammlung nimmt den Bericht des Kassenprüfers entgegen und entlastet das Präsidium. Die Bestätigung und/oder Neuwahl des Kassenprüfers erfolgt jährlich.

§ 11 Außerordentliche Hauptversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt mindestens 7 Tage. Der Vorstand muss eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, wenn dies von mindestens $\frac{1}{3}$ der stimmberechtigten Mitglieder unter Abgabe des Grundes schriftlich verlangt wird.

§ 12 Ausnahmeregelung bei Beschlussfassung

Zur Beschlussfassung über folgende Punkte ist eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit der anwesenden eingeschriebenen Mitglieder erforderlich:

- Bestätigung und/oder Wahl des Vorstandes
- Veränderung des Vorstandes innerhalb der vorgesehenen Amtszeit
- Bestätigung bzw. Neuwahl des Kassenprüfers
- Einspruch gegen Ausschluss eines Mitgliedes.

Zur Beschlussfassung über Satzungsänderungen müssen mindestens $\frac{2}{3}$ der eingeschriebenen Mitglieder anwesend sein, wobei dann eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit notwendig ist.

§ 13 Auflösung des Vereins

Zur Auflösung des Vereins bedarf es der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ aller eingeschriebenen Mitglieder in der Hauptversammlung. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Unterstützung von Personen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer angewiesen sind.

§ 14 Schlussbestimmungen

Der Verein haftet nur in Höhe seines Vermögens. Für Schäden, die durch Mitglieder des Vereins verursacht werden, haftet ausschließlich der Verursacher entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Diese Satzung tritt mit Bestätigung der Gründungsversammlung zum 01.01.1999 in Kraft.

Vorstehende Satzung wurde beschlossen in der Hauptversammlung am 29.01.2010.